

kauft und mit einem Aufschlag von 100 bis 200 Prozent an den Bauherrn weitergereicht.

So fällt der Wertzuwachs meistens viel kärglicher aus, als dem Bauherrn versprochen wurde: Ein Münchner Makler kennt Objekte nach dem Bauherren-Modell, die so überbeuert an den Mann gebracht wurden, „daß der Wertzuwachs der nächsten zehn Jahre schon verbraten ist“.

Auch bei konventionell finanzierten Immobilien liegt der Wertzuwachs manchmal unter Null. Das merkte, ein Fall unter vielen, ein Freiberufler, der sich 1978 in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs ein Anderthalb-Zimmer-Appartement für 138 000 Mark zulegte. In diesem Frühjahr wollte er die 40-Quadratmeter-Wohnung für 150 000 Mark abgeben — die Steuerbegünstigungen beim Kauf eingerechnet, wäre das ein ordentlicher Gewinn gewesen.

Doch für den geforderten Preis wurde er die Wohnung nicht los. Um dem Käufer wenigstens die Maklercourtage von 5000 Mark zu ersparen, schaltete er den Makler aus. Schließlich ging er, Ende letzten Monats, auf 130 000 Mark herunter (siehe Ausriß) — 8000 Mark weniger, als er vor drei Jahren dafür ausgegeben hatte.

Hohe Zinsen und stagnierende, wenn nicht gar sinkende Realeinkommen sorgen wohl auch in nächster Zeit dafür, daß die Immobilienpreise nicht mehr steil nach oben gehen.

Wer jetzt — bei Zinsen von elf Prozent an aufwärts — baut oder kauft, warnt Dieter Bellinger, Geschäftsführer des Verbands privater Hypothekenbanken, dürfe keineswegs damit rechnen, daß er mit Grund und Boden den Inflationsverlust der nächsten Jahre aufängt; ein Wertverlust sei durchaus möglich.

In zahlreichen Nachbarländern sind die Preise bereits nach unten gerutscht, so in Dänemark und Großbritannien. In Belgien sackten innerhalb eines Jahres Grundstücke und Häuser um 20 bis 30 Prozent, in Holland gar bis zu 45 Prozent.

In der Bundesrepublik, so beteuern die Experten, seien Wertverluste nur in wenigen Einzelfällen zu beobachten — Grundstücks- und Hausmakler schließen aus, daß Immobilien wie in den Nachbarländern an Wert verlieren könnten. „Billiger“, sagt der Frankfurter Immobilienexperte Speich, „ist nie geworden.“

Allerdings, die meisten sind sich einig, daß der bislang gewohnte Wertzuwachs künftig weniger üppig ausfällt. Dies sei, meint Gerhard Feldmann vom Bundesverband Ring Deutscher Makler, „ein Problem, mit dem es der Immobilienmarkt zunehmend zu tun hat: Sie können den Leuten keine Häuser mehr mit dem Argument Wertzuwachs verkaufen“.

## KROATEN

### Mußt Du schießen

**Ein Richter attackiert die Regierungen in Bonn und Belgrad, weil sie dem Killerkrieg zwischen Exilkroaten und Jugoslawen auf deutschem Boden tatenlos zusehen.**

In der Kellerkantine des Saarbrücker Landgerichts wurde es laut: Exilkroaten, Zuhörer aus dem Schwurgerichtssaal 38, empfanden den Menüvorschlag „Serbische Bohnensuppe“ auf der Wandtafel als Provokation. Erst als das Kreide-Wort „Serbische“ getilgt war, ließen sich Titos verlorene Söhne zur Suppe nieder.

Der Streit zwischen Freunden und Gegnern des jugoslawischen Regimes,

Denn während im Saarbrücker Gerichtssaal jugoslawische Killeraktionen auf deutschem Boden in langwieriger Beweisaufnahme enthüllt wurden, taten zwei prominente Politiker beider Staaten so, als gäbe es den mörderischen Untergrundkrieg der Kroaten mit dem jugoslawischen Staatssicherheitsdienst auf westdeutschem Boden gar nicht.

Am Starnberger See versicherten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein jugoslawischer Kollege Josip Vrhovec sich gegenseitig, zwischen Bonn und Belgrad sei „keine einzige bilaterale Frage auf eine dramatische Weise offen“.

Im Saarbrücker Gerichtssaal scheute sich indessen niemand, das „Kind beim Namen zu nennen“ und „Hintermänner in höchsten Staatsämtern“ (Rechtsanwalt Arno Walter) zu attackieren.



**Angeklagte Lapčević, Huber, Barač: „Mordauftrag aus Regierungskreisen“**

zwischen den Vorkämpfern eines von Jugoslawien abgetrennten selbständigen Kroatiens und den Verteidigern des Belgrader Einheitsstaates, war auch beim Prozeß im Saal 38 allgegenwärtig. Zehn Tage lang wurde in Saarbrücken, teils unter Ausschluß der Öffentlichkeit, über die Praktiken der jugoslawischen Geheimpolizei „Služba Državne Bezbednosti“ (SDB, früher „Udba“) in der Bundesrepublik verhandelt.

„Es kann nicht hingenommen werden“, grollte der Vorsitzende Richter Franz Priester in der Urteilsbegründung, „daß auf unserem Boden Killeraufträge ausgeführt werden, die von fremden Staaten zur Lösung ihrer innerstaatlichen Probleme veranlaßt werden.“

Die Richterschelte galt neben den Prozeßbeteiligten auch den Politikern.

„Man darf es sich nicht so einfach machen“, zürnte Rechtsanwalt Walter Klein, „daß man es einem Dezernenten der Staatsanwaltschaft Saarbrücken überläßt, die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“ Bonn und die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hätten den Fall in unverantwortlicher Weise heruntergespielt und sozusagen in der Provinz versteckt.

Verurteilt wegen zweifachen Mordversuchs wurden die Deutschen Adam Lapčević, 23, und Friedrich Huber, 23, zu acht und vierzehn Jahren Freiheitsstrafe. Der Jugoslawe Dragan Barač, 40, muß 13 Jahre hinter Gitter. Das Trio hatte im Dezember 1980 versucht, gemäß einem staatlichen Auftrag aus Jugoslawien, den Metzger Franjo Goreta zu ermorden (SPIEGEL 13/1981), einen ehemaligen Udba-Agenten, der inzwischen selber auf die Abschußliste

jugoslawischer Killerkommandos geraten war.

Gerichtsvorsitzender Priester ließ die Zuhörerbänke räumen, der Saal wurde nach Minispionen Belgrader Geheimdienst-Spezialisten abgesucht, ehe Barač in der Verhandlung behauptete: „Ich habe tatsächlich aus hohen Regierungskreisen den Auftrag zur Ermordung des Exilkroaten Franjo Goreta erhalten.“

Barač sagte aus, bei mehreren Treffen in Lubljana und Zagreb hätten SDB-Leute ihn zur Vorbereitung des Attentats überredet und ihm eine Million Dinar (etwa 70 000 Mark) als Abschlußprämie versprochen: „Ich spielte den Mittelsmann zwischen Auftraggebern und Vollstreckern.“

Barač, der nach eigenen Angaben mit falschem Paß und Freiflugschein unter Beobachtung des SDB zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien hin- und herpendelte, nannte einen „Boris“ aus Omis bei Split, einen „Chef aus Split“, einen „Dimita Sijan“ und den „Vizeminister für innere Angelegenheiten Kroatiens“ als seine Befehlsggeber: „Wir fuhrten mit einem roten Mercedes an einen See. Der ältere Herr wollte nicht im Zimmer sprechen, und bei einem Rundgang bot er mir für Goretas Tod Geld an — 100 000 Mark.“

Als er im Münchner Milieu dann Huber und der Lapčević für den Mordplan gewinnen konnte, beschränkte sich Barač auf die Hintergrundregie. Das Opfer, lautete seine Anweisung, sei groß und kräftig und von Beruf Metzger: „Kannst du nicht stechen, mußt du schießen.“

Barač stimmte den Plan noch einmal telephonisch mit den Auftraggebern ab und prüfte nach, ob auch die Honorarfrage in Ordnung gehe: Jeder der Attentäter, so wurde vereinbart, sollte ein Drittel der 100 000 Mark erhalten, Barač zusätzlich eine „gute Staatsstel-



**Gerichtsvorsitzender Priester**  
„Obelste Form von Habgier“

lung“ an der Adria. Richter Priester voller Abscheu: „Es wurden Killer gedungen, und es haben sich Killer dinge lassen — das ist die übelste Form der Habgier.“

Als an einem Samstag im Advent 1980 an Goretas Saarbrücker Wohnungstür Schüsse fielen, flüchtete der Metzger ins Schlafzimmer und ballerte geistesgegenwärtig zurück. Attentäter Huber flüchtete, ebenso sein Begleiter Lapčević, von einem Lungenschuß getroffen.

Arno Walter, Anwalt des Nebenklägers Goreta und Sozialdemokrat wie Goreta selber, griff in seinem Plädoyer vor allem Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und „unsere Verantwortlichen in der Außen- und Innenpolitik“ an. Für Walter ist es unerklärlich, wieso die Bundesanwältin stets übereifrig „bei Hakenkreuzschmierereien von rechts und Schmierereien von linken Parolen“ einschreiten, den organisierten, von Belgrads Agenten gelenkten Terrorismus indessen ignorieren. Schließlich seien, wie Walter behauptete, „Minister-Stellvertreter“, die „Mordaufträge erteilen und diese aus der Staatskasse bezahlen“, des versuchten Mordes überführt.

## TERRORISTEN

### In Urlaub

**Staatschützer haben in Frankfurt eine „neue terroristische Vereinigung“ ausgehoben. Jetzt zweifeln sie, ob es diese Gruppe überhaupt gibt.**

Im Morgengrauen, am Dienstag letzter Woche, umstellten 500 Beamte der Bereitschaftspolizei, verstärkt durch Anti-Terror-Spezialisten vom Bundeskriminalamt (BKA), das Jagdhaus Beinhard in Rosbach bei Friedberg im Hessischen.

Früh um fünf stürmte ein Kommando, Panzerwesten vor der Brust, Maschinenpistolen im Anschlag, das zwei-stöckige Gebäude. Zehn Bewohner wurden festgenommen, 10 000 Mark sichergestellt.

Auch andernorts schwärmten die Fahnder aus. Fünf Hundertschaften der Polizei und des hessischen Landeskriminalamtes (LKA) durchkämmten 37 Wohnungen, allesamt im Großraum Frankfurt. Doch erst ein „Zufallstreffler der Frankfurter Polizei“, so ein hoher Kripobeamteter hinterher, lohnte den aufwendigen Einsatz.

Bei der Räumung eines besetzten ehemaligen Bundesbahn-Geländes im Frankfurter Stadtteil Nied, dem „Freiland Indercity“, wie es die Besetzer getauft hatten, griff die Polizei, ebenfalls am Dienstagmorgen, fünf junge Leute auf, allesamt steckbrieflich gesucht von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe: Sie seien Mitglieder „einer terroristischen Vereinigung“, organisiert im „Schwarzen Block“.

Die Bundesanwaltschaft hält diese bislang kaum bekannte „autonome Gruppierung mit anarchistischer Zielsetzung“, wie sie ein hessischer Verfassungsschützer umschreibt, für „einen neuen Terroristenzirkel“, der „zwar noch nicht die Nachfolge der Roten Armee Fraktion angetreten“ habe, deren „Bestrebungen aber unterstützt“, so Generalbundesanwalt Kurt Rebmann.

Den Staatsschützern aufgefallen waren die „gemeingefährlichen Anarchisten“ (ein LKA-Fahnder) als eine neue Gattung von Gewalttätern, die sich auf der Frankfurter Krawallszene hervortun: vermummte Gestalten mit schwarzen Helmen, Jacken, Hosen, Schuhen und schwarzen Fahnen, die den Ermittlungen zufolge „an allen Demonstrationen der letzten Monate beteiligt“ waren. Die Polizei fürchtet sie als „besonders radikale Gewaltbefürworter“, so der Frankfurter Kriminalhauptkommissar Hans Neitzel. Flugblatt-Text der Gruppe: „Wir lieben den Putz.“

Es waren RAF- und Hausbesetzer-Sympathisanten, Kernkraftgegner und Punks, die zum „Anarcho-Kampf gegen Bullenterror“, „Wohnraumzerstörung“ und „Isolationsfolter an den RAF-Genossen“ aufriefen. Sie ließen auch, unter dem Motto „Anarchie = Freiheit“, „Pflastersteine in die richtige Fensterscheibe“ fliegen, wie letzten Mittwoch wieder, als sie aus Protest gegen die Räumungsarbeiten am „Freiland“ Einsatzwagen von Polizei und Feuerwehr mit Steinen und Flaschen bombardierten.

Nahezu jeden Samstag, nach dem „obligaten Rambazamba“ (Neitzel) am Flohmarkt und anschließendem Scharmützel mit Ordnungskräften im Westend, meldete die Frankfurter Polizei „größere Glasschäden“. Scheiben im Wert von 2,5 Millionen Mark gingen bisher zu Bruch.



**Ex-Agent Goreta**  
Leitoffizier erschossen